

Ständerat: Chambre de réflexion?

Das politische System der Schweiz durchläuft zurzeit offenkundig eine Krise. Vom Bundesrat bis zu den einzelnen Parlamenten stellen sich grundlegende Fragen, wie das Land und die Kantone in diesem Jahrhundert, in dem die guten Gewohnheiten offensichtlich abhandenkommen, angemessen geführt werden sollen. Zusammensetzung der Exekutiven, Stellung der Parteien, Rolle der Kantone und des Parlaments, Umgang mit Interessenkonflikten, Kompetenzverteilung – alles wird in Frage gestellt und gibt so gleich Anlass zu Machtspielen.

Wir sind damit wie alle Bürgerinnen und Bürger konfrontiert, umso mehr, weil das politische Handeln in Bezug auf das Gesundheitswesen heillos von den Spannungen und den Blockaden geprägt ist, die sich daraus ergeben.

Dass wir als Ärzteschaft und als Berufsstand weder bereit sind, den Preis dieser Krise zu bezahlen, die uns als solche nicht betrifft, noch ungerechtfertigt deren Folgen zu tragen, steht ausser Frage.

Mit anderen Worten: Es ist für uns inakzeptabel, dass sich Partikularinteressen gegen den Volkswillen durchsetzen oder dass das Wirtschaftssystem die Politik bestimmt.

Genau das ist jedoch Ende August geschehen, als die Gesundheitskommission des Ständerates den Vorschlag für die Steuerung der Ärztedemographie ungerührt abgelehnt hat, den wir auf ihren Wunsch mit der GDK, d. h. mit den Kantonen, im Sommer erarbeitet hatten.

Fünf oder sechs Mitglieder dieser dreizehnköpfigen Kommission sind eng mit den grossen Versicherungsunternehmen unseres Landes verbunden. Offensichtlich haben sie sehr rasch vergessen, dass vor knapp drei Monaten 70% der Bevölkerung jede Einschränkung der freien Arztwahl abgelehnt haben. Die Kommission hat nun die Bundesverwaltung ein weiteres Mal beauftragt, gestützt auf einen Entwurf, der von santésuisse ausgeht, ein Gesetz vorzubereiten, das die «Vertragsfreiheit» für die Versicherer vorsieht.

Die Option, für die sich die Ständeratskommission entschieden hat, ist ein alter Hut, der hoffnungslos auf die Ver-

gangenheit ausgerichtet ist. Zudem bietet er keine Lösung für das Problem, das sich in der Realität heute stellt: die Nachfolgeregelung zum Zulassungsstopp.

Werden bei Ablauf des Zulassungsstopps Ende 2009 keine Regeln vorgesehen, könnte in unserem Gesundheitswesen ein Chaos entstehen, was unbedachte Notmassnahmen und schmerzhaftige Konsequenzen zur Folge haben könnte.

Da liegt die Frage auf der Hand, ob einige dieses Chaos herbeiwünschen, um ihren Standpunkt durchzusetzen.

Die FMH wird sich in den kommenden Wochen und Monaten weiterhin einsetzen, um angemessene Lösungen für die anstehenden Probleme vorzuschlagen, um die bestehende Blockade im Parlament umgehen zu können ... und um ungeeignete Lösungen und unbeholfene Intrigen energisch zurückzuweisen, welche die Zukunftsperspektiven unseres Gesundheitswesens beeinträchtigen würden.

Wir werden in diesem Sinn Kontakt zu den Parteien und zu den Parlamentarierinnen und Parlamentariern aufnehmen, wobei vor allem die folgenden Optionen im Vordergrund stehen werden:

- Gewährleistung einer flexiblen, bedarfsgerechten Ärztedemographie in allen Regionen des Landes;
- Sicherstellung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung ohne unangemessene oder ungerechte finanzielle Hürden, wie sie die «Vertragsfreiheit» zur Folge hätte;
- Sicherung von angemessenen Arbeits- und Lebensbedingungen für die Ärztinnen und Ärzte.

Um uns bei diesen Interventionen abzustützen, werden wir, sobald es notwendig wird, auch auf die Unterstützung der regionalen und kantonalen Organisationen sowie der Fachgesellschaften zählen.

*Dr. med. Jacques de Haller,
Präsident der FMH*